



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**
NEW YORK OFFICE

Der US-China-Handelskrieg

Eine progressive internationalistische
Alternative

Von Tobita Chow and Jake Werner

Inhaltsverzeichnis

Der US-China-Handelskrieg

Eine progressive internationalistische Alternative

Von Tobita Chow and Jake Werner

Der Aufstieg der „Großmachtkonkurrenz“	2
Die Handelskrieg-Agenda: Nationalismus der Unternehmen.....	3
Auswirkungen des Handelskrieges in den USA.....	4
Die progressive internationalistische Alternative.....	8
Progressive Macht aufbauen.....	12

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Januar 2020.

Herausgeber: Andreas Günther

Adresse: 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016

E-Mail: info.nyc@rosalux.org; Telefon: +1 (917) 409-1040

Gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amtes.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung benachteiligter Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen. Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

www.rosalux-nyc.org

Der US-China-Handelskrieg

Eine progressive internationalistische Alternative

Von Tobita Chow and Jake Werner

Im August 2015, noch zu Beginn der republikanischen Präsidentschaftsvorwahl, veröffentlichte Huffington Post ein dreiminütiges Video, das die mehr als 200 Auftritte Donald Trumps während seiner Wahlkampftour zusammenfasst, auf denen dieser „China“ erwähnte.¹ So absurd zu jenem Zeitpunkt Trumps Besessenheit, auf Konfrontationskurs mit China zu gehen, noch schien, erwies sich dies später als entscheidend für seinen Anklang bei den Wähler*innen des Rust Belt, die für seinen letztendlichen Wahlsieg sorgten. Nun als Präsident vereidigt, begann Trump 2018 seinen stetig eskalierenden Handelskrieg mit China. Er erhob Zölle, die drei Viertel der chinesischen Exporte in die USA betrafen. China erhob daraufhin als Vergeltungsmaßnahme Zölle auf die Mehrheit der Importe aus den USA. Insgesamt ist der Handel zwischen den beiden Ländern um 100 Milliarden US-Dollar gesunken.²

Trump verwendet seinen angeblichen Erfolg im Handelskrieg als ein zentrales Motiv in der Kampagne für seine Wiederwahl 2020.³ Das kürzlich abgeschlossene „Phase One“-Handelsabkommen kennzeichnet einen vorläufigen Waffenstillstand. Die USA werden nun einige ihrer Zölle absenken, im Gegenzug dazu wird China den Ankauf von US-Waren verstärken.⁴ Da allerdings dieses erste Abkommen die tieferen Gründe der Anspannung unberührt lässt, ist eine erneute Konfrontation nach den Wahlen 2020 wahrscheinlich – wenn nicht schon vorher.

Die Neuausrichtung der US-Außenpolitik auf eine Konfrontation mit China erhielt schnell den Zuspruch politischer Eliten aus dem gesamten politischen Spektrum. Angesichts einer stagnierenden Weltwirtschaft argumentieren US-Politiker*innen zunehmend, dass es chinesischen Unternehmen nicht gestattet werden darf, die Vormachtstellung der US-Konzerne in Frage zu stellen. Während sie sich innenpolitisch mit der Auflösung des Konsenses konfrontiert sehen, hoffen sie, die Angst vor China zu nutzen, um die Bevölkerung rund um ihre jeweils bevorzugte Agenda zu vereinen.

Mit dieser neuen politischen Strategie schaffen US-Eliten eine neue Gefahr für progressive Politikansätze – sowohl innenpolitisch als auch auf internationaler Ebene. Ihnen geht es darum, die Macht der US-Konzerne zu stärken, die US-Militärhegemonie zu festigen und einen exklusiven Nationalismus in den USA zu kultivieren. Die nationalistische Prämisse einer „China-Bedrohung“ zu akzeptieren, heißt Trump ein machtvolleres Wahlkampfthema zu überlassen, womit riskiert wird, dass sich das aufstrebende rechte politische Lager verfestigt.

1 https://www.youtube.com/watch?v=RDrfE9I8_hs

2 <https://www.wsj.com/articles/trade-war-with-china-took-toll-on-u-s-but-not-big-one-11578832381>

3 Ein beliebtes Hashtag von Trump-Unterstützer*innen in den sozialen Medien ist #PromisesMadePromisesKept. In einigen Einträgen mit diesem Hashtag spielte der Handelskrieg mit China eine ebenso wichtige Rolle wie der USMCA Freihandelsvertrag zwischen den USA, Kanada und Mexiko (auch NAFTA 2.0 genannt), die niedrige Arbeitslosigkeit und andere positive Wirtschaftszahlen. Dies sind auch die wichtigsten Gesprächsthemen in den jüngsten Reden von Trump und seinen Stellvertreter*innen im Wahlkampf.

4 <https://www.reuters.com/article/us-usa-trade-china-details-factbox/whats-in-the-u-s-china-phase-one-trade-deal-idUSKBN1YH2IL>

Eine tatsächlich progressive Alternative zum Handelskrieg würde hingegen den China-Sachverhalt für die Linke von einem Schwachpunkt in eine Stärke verwandeln. Der Handelskrieg hat nicht allein in den USA weithin Leid verursacht, er gefährdet auch die Stabilität der gesamten Weltwirtschaft. „Handelskrieger“ behaupten, solche Opfer seien jetzt zu bringen, da sie sich am Ende für US-Arbeiter*innen auszahlen werden. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch ersichtlich, dass der Handelskrieg so angelegt ist, dass er nur US-Konzernen und nicht den Arbeiter*innen zu Gute kommen kann. Leider haben progressive Kräfte es bisher versäumt, diese Schwachstelle auszunutzen: Ihnen fehlt eine klare Kritik sowohl am Anti-China-Nationalismus als auch am neoliberalen „Freihandel“.

Der Aufstieg der „Großmachtkonkurrenz“

Der Handelskrieg muss als ein erster Schritt in einem sich abzeichnenden Konsens unter politischen Eliten über die Notwendigkeit verstanden werden, den Aufstieg Chinas gegenüber den USA zu verhindern. Dies stellt einen klaren Bruch mit dem früheren parteiübergreifenden neoliberalen Konsens dar, der Chinas rasante wirtschaftliche Entwicklung als wertvolle Chance für US-Unternehmen sah. Damals rieten dieselben Eliten dazu an, chinesischen Interessen behutsam entgegen zu kommen, um so das Land in die US-dominierte „liberale internationale Ordnung“ zu integrieren. Nach dem Kalten Krieg stand dieser Ansatz im Einklang mit dem Glauben, dass alle Gesellschaften, sie sich dem offenen und interdependenten Weltmarkt anschlossen, auf offene Märkte, formelle Demokratie und unternehmerischen Individualismus zusteueren. Diese Vision schmeichelte nicht nur der vorherrschenden Ideologie der US-Eliten, sondern versprach auch eine dominante Stellung der in den USA ansässigen multinationalen Unternehmen an der Spitze der Weltwirtschaft, während der US-Sicherheitsstaat das globale System überwacht.

Die politischen Eliten in den USA drängen nun zunehmend auf eine Konfrontation der Großmächte, weil China, wie sie sagen, ihre Hoffnungen verraten habe. Präsident Xi Jinping hat die Macht in seiner Person zentralisiert, Amtszeitbegrenzungen abgeschafft und die vorsichtige politische Öffnung des letzten Jahrzehnts hin zu Grassroots- und zivilgesellschaftlichem Aktivismus zurückgedrängt. Er hat demokratische Reformen in Hongkong abgelehnt und einen besonders repressiven Umgang mit Muslimen in China eingeleitet. Insbesondere Uiguren in der westlichen Provinz Xinjiang leiden unter diesen Maßnahmen, wie der Einführung von strikten Überwachungssystemen und der Stationierung von Sicherheitspersonal in der Region, aber auch der Internierung Hunderttausender in Umerziehungslager.⁵

Diese Entwicklungen allein können jedoch nicht die abrupte Umorientierung im Denken der US-Eliten erklären. China stand mit seiner reaktionären Wende des letzten Jahrzehnts schließlich nicht alleine da. Ähnliche politische Transformationen nahmen auf der ganzen Welt Gestalt an. Man denke etwa an den Aufstieg des exklusiven Nativismus in Europa, Indien und Myanmar; die Zentralisierung der Politik unter autoritärer Führung auf den Philippinen, in der Türkei und in Saudi-Arabien; die Unterdrückung gewerkschaftlicher und feministischer Proteste in Brasilien, Russland und Ägypten; und die zunehmend gefährliche nationalistische Politik in den USA selbst. Nur im Falle Chinas hat sich eine Koalition gebildet, die Demokraten, Neokonservative und „America First“-Republikaner im Kampf gegen diese Veränderungen eint.

⁵ <https://www.ft.com/content/48508182-d426-11e9-8367-807ebd53ab77>

Was China von den anderen Ländern unterscheidet ist, dass es die US-Hegemonie in globalen wirtschaftlichen und militärischen Angelegenheiten herausfordert und Feindseligkeiten im gesamten politischen Spektrum der USA hervorbringt. In Folge der Krise von 2008 schien sich China schnell zu erholen, während die USA und ihre Verbündeten stagnierten, was unter US-Politiker*innen tiefe Besorgnis hervorrief. Im Jahr 2015 veröffentlichte die Xi-Regierung einen Plan zur Entwicklung von High-Tech-Sektoren wie Robotik, Künstliche Intelligenz und Biotechnologie. Dies ist entscheidend für Chinas Bestreben, der strukturellen Unterordnung in globalen Wertschöpfungsketten zu entkommen sowie mehr Arbeitsplätze mit hohem Einkommen und Status für eine Bevölkerung mit steigenden Erwartungen zu schaffen.⁶ Diese Pläne bedrohen den Würgegriff, in dem US-Unternehmen die profitabelsten Sparten der Weltwirtschaft halten. Und da sich das globale Wachstum verlangsamt, sind US-Politiker*innen besonders intolerant, was Konkurrenz in diesen lukrativen, aber bislang begrenzten Bereichen angeht. Eine Schlüsselpriorität in der Großmacht Konkurrenz ist es, die Vorherrschaft der US-Konzerne zu erhalten, vor allem in strategisch wichtigen Industrien wie dem Technologiesektor.⁷

Die Handelskrieg-Agenda: Nationalismus der Unternehmen

Unterstützer*innen des Handelskrieges verbergen sich gerne hinter angeblich nationalen Interessen. Doch ein genauerer Blick auf die Forderungen der Trump-Regierung offenbart, dass der Handelskrieg nicht im Interesse aller Amerikaner*innen geführt wird. Es geht vielmehr darum, die Macht der US-Konzerne gegen die chinesische Konkurrenz zu stärken.

Die wichtigsten und am schwersten zu erfüllenden Forderungen der USA betreffen sogenannte „strukturelle“ Probleme der chinesischen Wirtschaft. Die erste Forderung ist, dass China den Schutz für geistiges Eigentum verbessert und die Praxis beendet, ausländische Investitionen vom Transfer fortgeschrittener Technologien an lokale Unternehmen abhängig zu machen.⁸ US-Verhandlungsführer*innen priorisieren diese Themen, da US-ansässige Unternehmen viele der lukrativsten Sektoren dominieren, die durch geistige Eigentumsrechte geschützt werden: fortgeschrittene Fertigungstechnologie, Pharmazeutika, Software, Unterhaltung und High-End-Markenartikel. Erfolgreiche Verhandlungen würden gewaltige Gewinne für diese Konzerne bedeuten – doch wie dies den Durchschnitts-Amerikaner*innen zu Gute käme, ist unklar. Wahrscheinlicher ist, dass die Zuführung von noch mehr Geld an wohlhabende Investoren die Vermögenskonzentration an der US-Spitze begünstigt – eine Anleitung für anhaltend schwache Verbrauchernachfrage und politische Unzufriedenheit. Dies könnte sogar Arbeitsplätze in den USA vernichten: Durch den Anstieg von Verbraucherpreisen und die Verlangsamung des Wachstums in China würden stärkere Restriktionen auf geistiges Eigentum die Chancen anderer US-Exporteure auf dem chinesischen Markt beeinträchtigen. Eine US-China-Konkurrenz um geistiges

⁶ <https://foreignpolicy.com/2018/08/08/china-is-cheating-at-a-rigged-game/>

⁷ Die Überlegenheit der US-amerikanischen Tech-Industrie wird auch als entscheidend für die militärische Dominanz der USA angesehen, so dass die Entwicklung des chinesischen Technologiesektors als nationale Sicherheitsbedrohung angesehen wird. Laut des amtierenden Verteidigungsministers wurde das Militärbudget 2020 in Höhe von 738 Milliarden US-Dollar hauptsächlich von „China, China, China“ geprägt. Das Budget passierte den Kongress mit überwältigender Unterstützung durch beide Parteien. <https://apnews.com/a6decfb9a37c4fe4936ecb5e252c86d8>

⁸ In den USA wird dieses Verfahren oft „erzwungener Technologietransfer“ genannt. Seltsamerweise bezieht sich das Wort „erzwungen“ hierbei auf eine freiwillige vertragliche Vereinbarung, die Maßnahmen enthalten kann, die das US-Unternehmen nicht mag, aber dennoch akzeptiert, um die angebotenen Vorteile zu nutzen. Wenn dies als „Zwang“ gilt, so sollten andere vertragliche Vereinbarungen wie Lohnarbeit, Miete und möglicherweise sogar die meisten angeblich „freiwilligen“ sozialen Beziehungen in der kapitalistischen Gesellschaft ebenfalls als grundsätzlich „erzwungen“ betrachtet werden.

Eigentum untergräbt zudem unsere Fähigkeit, bei der Erforschung sauberer Technologien sowie bei Investitionen zur Bewältigung der Klimakrise zusammenzuarbeiten.⁹

Die zweite zentrale strukturelle Forderung der Trump-Regierung besteht darin, dass China seine erfolgreiche Industriepolitik aufgibt, einschließlich öffentlicher Investitionen und der Priorisierung bestimmter Sektoren, die die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben. So soll China gezwungen werden, sich dem Fundamentalismus des freien Marktes zu unterwerfen, der in den USA zu unverhältnismäßiger sozialer Ungleichheit geführt und Investitionen in Infrastruktur sowie Initiativen zur Bewältigung der Klimakrise blockiert hat. Ein Nachgeben Chinas in dieser Forderung würde nicht nur das wirtschaftliche Entwicklungsmodell und die Klimaresilienz des Landes untergraben, sondern auch das Ungleichgewicht zwischen den USA und China verhärtet. Zudem würden jene rechten Kräfte in den USA, die die Entwicklung einer Industriepolitik für die US-Wirtschaft ablehnen, in ihrer Position gestärkt.¹⁰

Eine zusätzliche US-Forderung und Schwerpunkt des „Phase One Agreement“ ist die Verminderung des Handelsdefizits gegenüber China. Obwohl von zweifelhafter ökonomischer Bedeutung,¹¹ spielt das Handelsdefizit eine überproportionale Rolle in den USA. Es symbolisiert Ängste darüber, dass China den Handel manipuliere, um sich einen unfairen Vorteil zu verschaffen und „unsere Jobs zu stehlen“. Diese Forderung mag sich für Trump als politisch vorteilhaft erweisen, aber Politiker*innen und Analyst*innen im gesamten politischen Spektrum stimmen darin überein, dass das Handelsdefizit nur von wichtigeren „strukturellen“ Fragen ablenkt.¹² Solange es also keine progressive Alternative gibt, hat das „Phase One Agreement“ die Großmachtkonfrontation nur aufgeschoben.

Auswirkungen des Handelskrieges in den USA

Der Handelskrieg hat die US-Wirtschaft erheblich geschädigt. Dies ist potenziell gefährlich für Trump, insbesondere da sich einige der am stärksten betroffenen Gemeinden in ländlichen Regionen und den sogenannten „Swing States“ befinden, die bei den Wahlen 2020 – sowohl auf Präsidentschaftsebene als auch bei wichtigen Abstimmungen auf Bundesstaatenebene – eine entscheidende Rolle spielen werden.¹³ Der Handelskrieg hat auch zu einer Eskalation des antichinesischen Rassismus in den USA

9 <http://cepr.net/publications/op-eds-columns/trump-s-trade-war-with-china-is-waged-to-make-the-rich-richer>

10 Eine weitere schwerwiegende Anschuldigung betrifft „Währungsmanipulation“, d.h. eine staatliche Lenkung des Währungswerts, um auf diese Weise chinesische Exporte billiger als die der Konkurrenz halten zu können. Insgesamt hat dieses Thema über das letzte Jahrzehnt an Wichtigkeit verloren. Im Rahmen des Handelsstreits hat die Trump-Regierung China zwar der Währungsmanipulation bezichtigt, aber die Beschuldigung wurde selten besprochen und schon Anfang 2020 zurückgenommen: <https://www.nytimes.com/2020/01/13/us/politics/treasury-china-currency-manipulator-trade.html>. Die progressiven Ökonom*innen Anwar Shaikh und Isabella Weber haben Beschuldigungen der Währungsmanipulation als empirisch unerwiesen kritisiert: http://www.postkeynesian.net/downloads/events/ShaiKh-Weber_2018.pdf.

11 Gut ein Drittel des Defizits ist ein statistisches Phänomen aufgrund der Stellung Chinas am unteren Ende globaler Produktionsketten. Chinesische Produzent*innen importieren oft fortgeschrittene Komponenten aus Ländern wie Japan oder Südkorea und vollziehen nur den letzten Schritt in der Fertigstellung von Exportgütern, wobei sie häufig den niedrigsten Einkommensanteil erzielen. Dennoch erscheint in der Handelsstatistik irreführenderweise der volle Wert des Guts, inklusive des Werts der importierten Zwischenkomponenten, als chinesischer Export in die USA: www.dallasfed.org/~media/documents/research/ecllett/2013/el1305.pdf.

12 www.washingtonpost.com/opinions/global-opinions/trump-is-getting-played-by-china-on-trade/2019/12/12/a83813621d2d-11ea-b4c1-fd0d91b60d9e_story.html

Senator Marco Rubio, einer der stärksten Befürworter der Eindämmung Chinas, warnte, die Regierung riskiere Zölle als Druckmittel für ein umfassenderes Abkommen in den wichtigsten Fragen aus der Hand zu geben. <https://twitter.com/marcorubio/status/1205218061827104769>

Der Fraktionsführer der Demokraten, Chuck Schumer, sagte, dass Trump für ein unzuverlässiges Versprechen aus China, einige Sojabohnen zu kaufen, Amerika verkauft habe und nicht das richtige für Arbeiter*innen und Unternehmen tue. <https://twitter.com/SenSchumer/status/1205519862392643584>

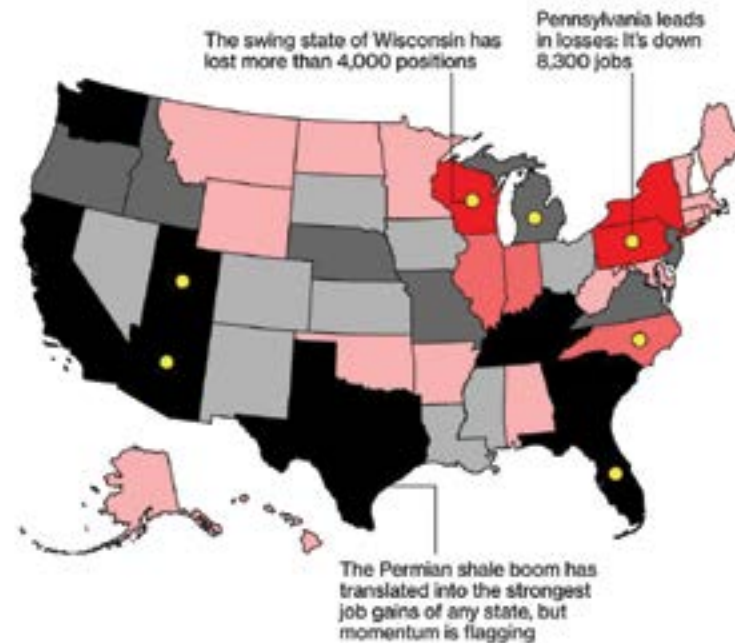
13 <https://www.washingtonpost.com/graphics/2018/business/china-tariff-jobs/>

Manufacturing Jobs

Change in manufacturing jobs, January 2019 to July 2019



● State won by Trump in 2016 with less than 50% of the vote



Data: Bureau of Labor Statistics, Federal Election Commission

beitragen. Aus der Perspektive einer progressiven Strategie werden hier einige der wichtigsten Auswirkungen erörtert.

Verarbeitende Industrie

Trumps Handelskrieg hat 2019 das US-amerikanische verarbeitende Gewerbe in eine Rezession getrieben.¹⁴ Der Handelskrieg schadet dem US-amerikanischen verarbeitenden Gewerbe in beide Richtungen: Zölle auf aus China importierte Zwischenprodukte erhöhen die Produktionskosten, die in Form höherer Preise an die Verbraucher*innen weitergegeben werden und eine geringere Nachfrage zur Folge haben, während chinesische Vergeltungszölle auf US-Waren die Exporte beeinträchtigen.¹⁵ Dies hat die ökonomische Unsicherheit nur noch erhöht, was dazu führte, dass die Unternehmensinvestitionen ab dem dritten Quartal 2019 schrumpften und dadurch die Schaffung von Arbeitsplätzen beeinträchtigt wurde.¹⁶ Laut dem Index des Institute for Supply Management für das verarbeitende

¹⁴ Weitere Auslöser sind der starke US-Dollar und schwache Nachfrage durch den globalen Süden. Beides sind Aspekte der gegenwärtigen globalen Ungleichheit, die auch durch eine progressive internationalistische Agenda adressiert werden könnte: <https://www.washingtonpost.com/business/2019/07/25/us-manufacturing-is-technical-recession-how-worried-should-we-be/>, www.latimes.com/politics/story/2019-10-09/despite-trump-vow-manufacturing-in-recession

¹⁵ <https://www.reuters.com/article/us-usa-fed-tariffs/americans-not-chinese-pay-trump-tariffs-ny-fed-study-idUSKBN1XZ2A4>

¹⁶ <https://www.cnn.com/2019/10/30/business-investment-drops-3percent-in-third-quarter-amid-trade-war-uncertainty.html>

Gewerbe verzeichnete im September der Industriesektor den schlimmsten Rückgang seit Juni 2009 und befand sich von August bis November weiterhin in einer Rezession.¹⁷

Die Swing States der Rust Belt-Region sind besonders abhängig von der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe. Pennsylvania erlitt den größten Schaden und verlor 8.300 Arbeitsplätze zwischen Januar und Juli 2019. Wisconsin, ein weiterer wichtiger Swing State, verlor im gleichen Zeitraum 4.000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe (siehe nachfolgende Abbildung).¹⁸ Trump hatte gehofft, dass die Arbeiter*innen in der Stahlindustrie zu den größten Nutznießern des Handelskrieges gehören würden, aber selbst in diesem Sektor sind die Ergebnisse gemischt.¹⁹ Während die Zunahme an Beschäftigten in der Stahlindustrie gefeiert werden sollte, so muss dies auch gegen Verluste in anderen Sektoren abgewogen werden, die durch den Handelskrieg verursacht wurden.

Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie

Veränderung der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, Januar 2019 bis Juli 2019

Bundesstaat, der 2016 mit <50% der Stimmen von Trump gewonnen wurde

Der Swing State Wisconsin verzeichnet einen Verlust von mehr als 4.000 Arbeitsplätzen.

Pennsylvania führt an Arbeitsplatzverlusten: Mehr als 8.300 Arbeitsplätze.

Der Schieferöl Boom in der Permian Basin Region (Texas) hat den größten Gewinn an Arbeitsplätzen in allen Bundesstaaten verzeichnet, aber der Aufschwung flacht ab.

Statistik: Bureau of Labor Statistics, Federal Election Commission

Landwirtschaft

Der Handelskrieg in Verbindung mit durch die Klimakrise verursachten extremen Wetterereignissen bedeutet ein besonders schmerzhaftes Jahr für die amerikanischen Bauern. Seit Beginn des Handelskrieges verringerten sich Agrarexporte nach China um mehr als die Hälfte – von circa 20 Milliarden US-Dollar vor dem Handelskrieg zu 10 Milliarden US-Dollar im Jahr 2019.²⁰ Der Nachfragerückgang für Sojabohnen aus den USA, vormals ein Hauptexportgut nach China, führte zu einer Senkung der Preise bis unter die Produktionskosten.²¹ Darüber hinaus fand aufgrund von Rekordniederschläge und Überflutungen auf 19,4 Millionen Morgen an Ackerland kein Anbau statt.²² Dies führte zu einer Welle von Insolvenzen landwirtschaftlicher Betriebe. Im 12-Monats-Zeitraum bis September 2019 wurden 580 Insolvenzen nach Kapitel 12 des Insolvenzgesetzes gemeldet, das sind 24% mehr als im Vorjahr

17 <https://www.washingtonpost.com/business/2019/10/01/trump-is-heading-into-re-election-with-deep-manufacturing-recession/> und <https://www.marketwatch.com/story/us-manufacturing-sector-weakens-further-in-november---ism-2019-12-02>

18 Zahlen von www.bloomberg.com/news/features/2019-09-09/a-manufacturing-recession-could-cost-trump-a-second-term

19 Zwischen April 2018 und Juni 2019 entstanden infolge der Stahlzölle über 4.000 neue Arbeitsplätze in Eisen- und Stahlwerken. <https://data.bls.gov/timeseries/ENUUS0001053311>. Allerdings könnten sich diese Zuwächse als prekär erweisen, da die generelle Schwäche im weiterverarbeitenden Gewerbe einen Preisabsturz für Stahl auslöste und der Konzern US Steel 1.500 Arbeiter*innen in einer Fabrik in Michigan entließ. <https://agmetalmine.com/2019/10/10/raw-steels-mm-global-steel-prices-continue-to-falter/>, www.cnbc.com/2019/12/20/us-steel-says-it-will-lay-off-1500-workers-board-cuts-dividend.html

20 <https://www.agriculture.com/news/business/stronger-than-expected-sales-to-china-buoy-us-ag-exports>

21 https://www.vice.com/en_us/article/qvgp3v/iowa-farmers-explain-how-trumps-trade-war-is-hurting-them, <https://www.reuters.com/article/us-usa-trade-china-soybeans/on-the-front-lines-trade-war-sinks-north-dakota-soybean-farmers-idUSKCN1VC0ZX>

22 https://www.agupdate.com/agriview/markets/crop/trade-war-takes-crops-as-victims/article_a50f6703-2eb4-5f37-baee-bc1b777466a9.html, <https://www.cnbc.com/2019/11/02/trade-wars-climate-change-plunge-the-family-farm-into-crisis.html>

und der höchste Stand seit 676 Insolvenzanmeldungen im Jahr 2011.²³ In Wisconsin gab es landesweit die größte Zahl an Insolvenzanmeldungen von landwirtschaftlichen Betrieben, während Minnesota an dritter Stelle stand. Beides sind Swing States, die Trump 2020 für sich zu gewinnen hofft. Dabei will er sich auf genau jene ländlichen Wähler*innen berufen, die durch den Handelskrieg zu Schaden gekommen sind.

Um die Landwirte für den Verlust von Agrarexporten zu entschädigen, richtete die Trump-Regierung das „Market Facilitation Program“ ein. Hierbei handelt es sich um ein Rettungspaket für Landwirte, welches im September 2019 28 Milliarden US-Dollar umfasste und somit mehr als doppelt so groß war wie das Rettungspaket für die amerikanische Automobilindustrie im Jahrzehnt zuvor.²⁴ Von diesem enormen Plan profitierten überproportional die Reichsten der Branche. Ein Bericht vom Juli 2019 stellte fest, dass das oberste Prozent der Empfänger*innen im Durchschnitt mehr als 180.000 US-Dollar erhielt, während an die unteren 80% im Durchschnitt nur 5.000 US-Dollar gingen. Im Fall einer einzelnen großen Farm bekam diese einen Geldregen von 2,8 Millionen US-Dollar ausgezahlt. Darüber hinaus gingen 99,5% der Auszahlungen an weiße Farmer, so dass Landwirte, die ethnischen Minderheiten angehören, fast vollständig umgangen wurden.²⁵

Das „Phase One Agreement“ enthält die Verpflichtung Chinas, Agrarimporte aus den USA erheblich zu steigern. Falls erfolgreich, würde dies weitere Verluste stoppen, jedoch wird dadurch der bereits verursachte Schaden nicht rückgängig gemacht. Landwirte werden im wahrscheinlichen Fall einer erneuten Konfrontation weiterhin gefährdet sein.

Gesamtwirtschaftliche Bedrohungen

Die negativen Auswirkungen des Handelskrieges stellen eine Bedrohung für die gesamte Wirtschaft dar. Im Sommer 2019 gab es Anzeichen dafür, dass der Handelskrieg die US-Wirtschaft oder die gesamte Weltwirtschaft in eine Rezession treiben könnte. Diese Befürchtungen haben seitdem abgenommen, sind aber nicht gänzlich verschwunden.²⁶ In einer Studie von Moody's Analytics vom September 2019 wurde geschätzt, dass der Handelskrieg die USA bis Juni 2019 um die 300.000 Arbeitsplätze gekostet hatte, und es wurde prognostiziert, dass diese Zahl bis Ende 2019 noch auf 450.000 steigen würde. Diese Schätzungen basieren nur auf den Angaben zu nicht-landwirtschaftlicher Beschäftigung, so dass die zusätzlichen Verluste in der Landwirtschaft hier gar nicht erfasst sind.²⁷

Die hier erörterten wirtschaftlichen Probleme sind nicht nur Ergebnis des Handelskrieges. Sie haben tiefere Wurzeln in den Jahrzehnten neoliberaler Wirtschaftspolitik, die alle Branchen und Gemeinden zur Maximierung kurzfristiger Gewinne instrumentalisierten. Der Handelskrieg war nur der Auslöser, der nun die US-Wirtschaft mit den ihr zugrundeliegenden strukturellen Dysfunktionen in eine ausgewachsene Krise zu stürzen droht.

Antichinesischer Rassismus

Der Handelskrieg verschärft rassistische Rhetorik und Politik gegen Menschen chinesischer Herkunft.

23 <https://www.aa.com.tr/en/americas/us-farm-bankruptcies-at-8-year-high/1631908>

24 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-09-19/farmers-say-trump-s-28-billion-bailout-isn-t-a-solution>

25 <https://www.ewg.org/agmag/2019/07/usda-bailout-impact-trump-s-tariffs-goes-biggest-richest-farmers>

26 <https://www.foxbusiness.com/economy/us-china-trade-war-economy-recession-impact>,
<https://www.nytimes.com/2019/12/12/business/economy/economy-recession.html>

27 <https://www.cbsnews.com/news/trumps-trade-war-squashed-an-estimated-300000-jobs-so-far-moodys-estimates>

ft. Im Juni 2018, als der Handelskrieg eskalierte, erließ die Trump-Regierung neue Visabeschränkungen gegen chinesische Staatsbürger*innen. Dies ist ein massives Problem für internationale Studierende, Wissenschaftler*innen, Forscher*innen und andere Arbeiter*innen aus China.²⁸ Chris Wray, Trumps FBI-Direktor, behauptete, China stelle „eine gesamtgesellschaftliche Bedrohung“ dar, wonach alle Menschen chinesischer Herkunft (einschließlich US-Staatsbürger*innen) als potenzielle Agent*innen der chinesischen Regierung und als Gefahr für die nationale Sicherheit der USA gesehen werden sollten.²⁹ Diese Aussage erklärt offen die Politik des „racial profiling“ wie auch die unverhohlenen rassistischen Schulungen beim FBI.³⁰ Wir sind noch nicht an dem Punkt angelangt, an dem alle Menschen chinesischer Herkunft verdächtigt werden. Doch hat die sofortige Inhaftierung von Amerikaner*innen iranischer Herkunft an der Grenze unmittelbar nach Ermordung des iranischen Generals Qasem Soleimani durch die USA gezeigt, wie der Einsatz einer rassistischen Infrastruktur in Bundesbehörden drastisch zunehmen kann.³¹

Der Handelskrieg und die weitläufigere Zuspitzung der US-China-Konkurrenz bedienen sich bestehender rassistischer Vorurteile gegenüber Chines*innen und andere Asiat*innen und verstärken diese noch. In den USA und in weiten Teilen der westlichen Welt werden Asiat*innen als einen Grad von Robotern entfernt angesehen: gehorsam, effizient, diszipliniert, mit einer Affinität zur Selbstverleugnung, aber ohne die Fähigkeiten zu spielen, zu Kreativität, zu Emotionen, zu Autonomie oder dazu, tiefgehende Beziehung mit anderen Menschen einzugehen. Mit anderen Worten, menschliche Kapazitäten, die für die Arbeit nützlich sind, seien überentwickelt, während alle anderen Aspekte einer Humanität, die nicht direkt zur Arbeit beitragen, beeinträchtigt seien. Solche rassistischen Vorstellungen machen es einfach, alle Mitglieder der chinesischen Diaspora als potenzielle Werkzeuge des chinesischen Staates darzustellen. Auf diese Weise wird verdeckt, welche Erfahrungen und Mühen die arme und arbeitende Bevölkerung in den USA mit ihren chinesischen Leidensgenoss*innen teilt, was wiederum Solidarität unvorstellbar macht.³² Kritik an diesem Rassismus muss Teil des Widerstands gegen den anti-chinesischen Nationalismus sein. Sie ist essenziell für die Entwicklung einer progressiven Alternative.

Die progressive internationalistische Alternative

Der Zerfall des neoliberalen globalen Systems hat bisher vor allem reaktionäre Strömungen verstärkt: Nullsummen-Wettbewerb um Wirtschaftswachstum, der unterschiedliche Gruppen von Arbeiter*innen gegeneinander ausspielt, ausschließender und kriegerischer Nationalismus sowie eskalierender Militarismus. Der Handelskrieg ist ein weiterer Schritt auf diesem zerstörerischen Weg. Um dieser Herausforderung entgegenzutreten, müssen wir uns um strukturelle Reformen der Weltwirtschaft bemühen, die die aus der neoliberalen Globalisierung resultierenden Ungleichheiten systematisch umkehren. Zugleich ist es unumgänglich, jedweder nationalistischen Reaktion gegen diese Ungleichheiten entgegenzutreten. Dies erfordert eine neue Vision für die Beziehung zwischen den USA und China in einer gerechteren und nachhaltigeren Welt.

28 <https://www.npr.org/2019/04/25/716032871/visas-are-the-newest-weapon-in-u-s-china-rivalry>

29 https://www.huffpost.com/entry/fbi-christopher-wray-chinese-immigrants_n_5ab3d47fe4b008c9e5f51975

30 Obgleich diese Taktiken schon vor Trumps Amtszeit existierten, nehmen nun die Verdächtigungen von Amerikaner*innen chinesischer Herkunft durch das FBI noch zu, zumal die Spannungen zwischen den USA und China eskalieren: www.bloomberg.com/news/features/2019-12-10/the-u-s-government-s-mistrust-of-chinese-americans

31 <https://www.nytimes.com/2020/01/05/us/politics/iranian-americans-border.html>

32 <http://inthesetimes.com/working/entry/21277/anti-china-nationalism-donald-trump-trade-wars-left-bernie-sanders-unions>

Es geht auch darum, unser Weltbild zu ändern: weg von Sichtweisen, die unsere Probleme auf andere Länder zurückführen, hin zu einem Weltbild der Solidarität über Grenzen hinweg. Das schließt die Erkenntnis ein, dass wir Problemen gegenüberstehen, die wir teilen und für die wir gemeinsam Lösungsansätze finden müssen. Sowohl in den USA als auch in China leiden Millionen von Menschen unter niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten in unwürdigen und prekären Arbeitsplätzen. In beiden Ländern haben Menschen mit teurem Wohnraum, unzuverlässiger Krankenversicherung und unzureichenden öffentlichen Dienstleistungen zu kämpfen. Diese Probleme haben eine gemeinsame Ursache: ein System globaler Konzernmacht, das von Eliten kontrolliert wird, die sich nicht zur Rechenschaft verpflichtet fühlen. US-Arbeiter*innen können sich nicht schützen, indem sie Arbeiter*innen in anderen Ländern bestrafen. Um die Weltwirtschaft zu verändern, müssen wir vielmehr über Grenzen hinweg zusammenarbeiten und die Eliten konfrontieren, die den Status quo schützen wollen und uns gegeneinander auszuspielen versuchen.

Nehmen wir als Beispiel die Verluste von Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe, die in den USA ein zentraler Grund zur Sorge sind und oft der Konkurrenz aus China zugeschrieben werden. Aber Fertigungsarbeiter*innen in den USA und in China haben mehr gemeinsam als oft erkannt wird. Die Beschäftigung im chinesischen verarbeitenden Gewerbe ist seit 2014 stark zurückgegangen und Einschränkungen in den Gemeinden, die von diesen Arbeitsplätzen abhängig sind, spiegeln das Leid im Rust Belt der USA wider.³³ Wenn nun auch in China in der verarbeitenden Industrie Arbeitsplätze verschwinden, dann bedeutet der Wettbewerb um Beschäftigung in diesem Sektor, dass angesichts einer immer kleiner werdenden Torte um ein größeres Tortenstück gefochten wird. Was wir dagegen brauchen, sind gemeinsame Lösungsansätze für das Problem der Überkapazität, das uns alle betrifft. Eine progressive internationalistische Alternative für die Beziehungen zwischen den USA und China muss eine Reihe an Kriterien erfüllen. Erstens müssen progressive Ziele in den Vordergrund gestellt werden, die sowohl im Handelskrieg als auch im neoliberalen Status quo ante zur Nebensache gemacht wurden: Ausweitung der Arbeitsrechte, Bekämpfung der Klimakrise und anderer Umweltbedrohungen, Verringerung von Armut sowie Absicherung von Bürger- und Menschenrechten. Zweitens muss diese Alternative internationalistisch sein und anerkennen, dass arme und arbeitende Menschen in den USA, China und anderswo viele Probleme teilen und zu gemeinsamen Lösungen finden müssen. Drittens muss eine solche Alternative – um überhaupt eine Chance zu haben, von der chinesischen Führung akzeptiert zu werden – Chinas Anrecht auf wirtschaftliche Entwicklung anerkennen und unterstützen. Viertens muss diese die wachsenden Dysfunktionen der neoliberalen Weltwirtschaft – wie etwa die weltweite Überkapazität in mehreren Industrien – angehen, die die Hauptursache eines Nullsummen-Denkens und wachsenden Nationalismus sind. Schließlich müssen wir konkrete Schritte identifizieren, anhand derer eine aufsteigende progressive Bewegung die Macht aufbauen kann, die notwendig ist, um eine solche Alternative zu gewinnen.

Wir schlagen daher vor, dass progressive Akteure ein sofortiges Ende des Handelskrieges einfordern. Dies beinhaltet auch, die gegenwärtigen US-Forderungen zu geistigem Eigentum und Industriepolitik zurückzuweisen, ihre Verhandlungen auf die Stärkung von Arbeitsrechten in beiden Ländern umzulenken und in der Ausarbeitung eines neuen Modells für nachhaltige Entwicklung, das das tatsächliche Ausmaß der Klimakrise thematisiert, zusammenzuarbeiten. Diese Maßnahmen werden auch die Wirksamkeit der US-Forderungen gegen Chinas Menschenrechtsverstöße erhöhen.

33 <https://www.ft.com/content/cd2fe8f0-cf70-11e7-b781-794ce08b24dc>

Arbeitsstandards

Nichts könnte mehr zur Verbesserung der Aussichten von Arbeiter*innen in beiden Ländern beitragen als höhere Arbeitsstandards. Dennoch wird dieses Thema in den gegenwärtigen US-China-Verhandlungen völlig ausgeklammert.³⁴ Progressive Akteure sollten die USA und China darauf drängen, gemeinsam ein globales System zu schaffen, das Arbeitsrechte garantiert und auch wirksam durchsetzt. Ein solches System würde nicht nur den Arbeiter*innen unmittelbare Vorteile verschaffen, sondern auch die Weltwirtschaft verändern, womit der weltweite Wettlauf von Arbeiter*innen um Arbeitsplätze beendet würde, da Regierungen nicht mehr miteinander um Investitionen konkurrieren. Eine Anhebung der Löhne und die Stärkung der Arbeitsrechte aller Arbeiter*innen auf globaler Ebene, würde in solch einem System Konzerne dazu zwingen in Arbeitskräfte und Produktivitätswachstum zu investieren, anstatt in der Verringerung von Arbeitskosten zu konkurrieren. Auf diese Weise würden Verbrauchernachfragen erhöht, Arbeitsplätze geschaffen und das Problem der Überkapazitäten in der Weltwirtschaft angegangen.

Nachhaltige Entwicklung und die Klimakrise

Angesichts steigender Temperaturen sowie von Prognosen, wonach eine noch stärkere Verringerung von Kohlendioxidemissionen erforderlich ist, wird eine Zusammenarbeit zwischen den zwei wichtigsten Volkswirtschaften der Welt in Klimafragen immer dringlicher. Das gegenwärtige Modell, mittels dessen Länder ambitionierte Klimaziele für ihre jeweiligen Volkswirtschaften festlegen, ist bislang gescheitert. Progressive Akteure sollten daher vorschlagen, dass die USA und China in der Ausarbeitung eines Planes mit anderen Ländern zusammenarbeiten, so dass die Vorteile der jeweiligen Länder maximal genutzt werden können, um schleunigst den Übergang zur globalen Nachhaltigkeit durchzuführen.

China ist in vielen Bereichen der sauberen Energie und der Verkehrstechnologie weltweit führend und bei weitem der größte Investor in saubere Energien. China organisiert ebenfalls den weltweit größten internationalen Infrastrukturplan, die „Belt and Road Initiative“ (BRI, auch „Neue Seidenstraße“). Die BRI ist eine Hauptpriorität der chinesischen Regierung und soll dazu beitragen, das Problem der Überkapazität in der chinesischen Industrie zu bewältigen. Sie hat auch das Potenzial, dem Rest der Welt große Mengen an sauberer Infrastruktur zu liefern. Jedoch ist die BRI noch nicht an die Klimastandards gebunden und ist, neben weit verbreiteter Korruption und der Verletzung von Arbeitsrechten, am Bau vieler neuer Kohlekraftwerke und anderer emissionsreicher Infrastruktur beteiligt. Die chinesische Regierung ist an der Ökologisierung der BRI interessiert und will gegen Korruption vorzugehen, dennoch läuft der Fortschritt langsam an.³⁵

Währenddessen hat die USA Vorteile, was Finanzierung und politische Koordination angeht. Hinzu kommen komplementäre Stärken im Bereich saubere Technologie und Infrastruktur, welche innerhalb der richtigen Rahmenbedingungen die Probleme der BRI ansprechen könnten. Progressive Akteure sollten die USA dazu anhalten, mit China an der Ökologisierung der BRI zu arbeiten und im Rahmen eines gemeinsamen Plans die Klimakrise anzugehen. Die Befürchtung mancher Progressiver, dass wir am Ende mit China um Arbeitsplätze im Bereich der sauberen Energie konkurrieren müssen, würde sich als nichtig erweisen, sobald ein hinreichend revolutionärer globaler Klimaplan aufzeigt,

³⁴ <https://medium.com/@dmauer/why-the-trump-administrations-approach-to-trade-still-leaves-workers-behind-76ea7a17fb4c>

³⁵ <https://qz.com/1760615/china-quits-coal-at-home-but-promotes-the-fossil-fuel-in-developing-countries/>

dass es mehr als genug Arbeit für alle gibt.

Die Klimakrise zu priorisieren verdeutlicht außerdem, wie wichtig es ist, mit einem ganz anderen Ansatz an die Industriepolitik und das geistige Eigentum heranzugehen. Industriepolitik, weit davon entfernt eine „unfaire“ Praxis zu sein, ist notwendig, wenn wir Kohleemissionen so schnell es geht verringern wollen. Der „Green New Deal“ ist unter anderem ein Aufruf zu einer grünen Industriepolitik. Anstatt einzufordern, dass China seine Industriepolitik einstellt, sollten progressive Akteure vielmehr eine Industriepolitik für die USA unterstützen und sich dafür einsetzen, dass Verhandlungen mit China sich auf die Frage konzentrieren, wie eine solche Politik zwischen beiden Ländern koordiniert werden kann.³⁶

Wie die Opposition zu einer Industriepolitik wirkten die Rechte an geistigem Eigentum als strukturelles Hindernis in den Klimaverhandlungen. Die zur Emissionsreduzierung erforderliche Technologie ist derzeit an Patente gebunden, die vorwiegend von Konzernen in Industrieländern und (seit neuestem) in China kontrolliert werden. Infolgedessen erhöht das derzeitige System des geistigen Eigentums die Kosten der Emissionsreduzierung für Niedriglohnländer und schließt sie von sauberer Technologie aus. Das ist nicht nur ungerecht, es verlangsamt auch die Verringerung von Emissionen im globalen Süden und erzeugt Unmut in den weltweiten Klimaverhandlungen.³⁷

Progressive Akteure sollten daher empfehlen, dass die USA und China darin kooperieren, gemeinsam mit anderen Ländern ein möglichst freies Austauschsystem für saubere Energietechnologien zu schaffen. Dies bedeutet auch, im Bereich von „Clean Tech“ die Rechte des geistigen Eigentums zu verringern oder sogar abzuschaffen.³⁸ In vergangenen Klimaverhandlungen haben China und andere Länder des globalen Südens für solche Maßnahmen plädiert und alternative Mechanismen vorgeschlagen, um Forschung und Entwicklung von Technologien für saubere Energien zu finanzieren und zu verwalten. Leider wurden sie von der US-Regierung und anderen Industrieländern überstimmt, um Konzerngewinne zu schützen.³⁹ Progressive müssen die USA dazu drängen, diesen beschämenden Trend rückgängig zu machen.

Menschenrechte

Ein progressiver Ansatz in Verhandlungen bietet eine solide Grundlage, um wichtige Schritte gegen die jüngste Eskalation von Menschenrechtsverstößen Chinas zu unternehmen. Erstens werden chinesische Staats- und Regierungschefs eher zu Zugeständnissen in Menschenrechtsfragen bereit sein, wenn diese im Rahmen von Verhandlungen gemacht werden, die – anstatt dem derzeitigen Ansatz „mit Peitsche, ohne Zuckerbrot“ zu folgen – mit ihrem nationalen Interesse übereinstimmen. Zweitens

36 Obwohl China prinzipiell nicht falsch darin liegt, Industriepolitik zu betreiben, ist die gegenwärtige Strategie vom neoliberalen globalen System geprägt, und daran gibt es einiges zu kritisieren. Der Kapazitätsüberhang in der Stahlindustrie etwa ist eine Folge schlechter Koordination in der Industriepolitik, die dazu führte, dass mehrere Regionalregierungen überflüssige Investitionen in die Stahlindustrie förderten. Die chinesische Regierung hat eingesehen, dass die Stahlindustrie Überkapazitäten aufweist und bemüht sich nun, die Beschäftigung in diesem Sektor um Millionen zu reduzieren. Die USA könnten dieses und andere Probleme des Kapazitätsüberhangs produktiver angehen, indem sie an Lösungen für bestimmte Fehlschläge der Industriepolitik arbeiten, anstatt von China zu verlangen, ihre Industriepolitik völlig einzustellen.

37 Dean Baker, Arjun Jayadev und Joseph Stiglitz, *Innovation, Intellectual Property, and Development: A Better Set of Approaches for the 21st Century*, Juli 2017. <http://cepr.net/images/stories/reports/baker-jayadev-stiglitz-innovation-ip-development-2017-07.pdf>

38 Dean Baker, *Rigged: How the Rules of Globalization and the Modern Economy were Structured to Make the Rich Richer*, Kapitel 5.

39 Baker, Jayadev und Stiglitz, *Innovation, Intellectual Property, and Development*.

ist die Erfüllung des Wunsches Chinas nach wirtschaftlicher Entwicklung sowie der Führungsspitze nach einer erfolgreichen BRI deshalb wichtig, weil dies das zentrale ideologische Instrument untergraben würde, mit dem die Regierung diese Missbräuche rechtfertigt: den chinesischen Nationalismus. Das chinesische nationalistische Narrativ besagt, dass die USA und andere westliche Mächte China eindämmen und untergraben wollen, womit erreicht werden soll, dass sich alle Chines*innen mit der Regierung verbünden, um dieser Bedrohung entgegenzuhalten. Die Regierung stellt die Opfer von Razzien (Uiguren, Demonstrant*innen in Hongkong, Aktivist*innen auf dem chinesischen Festland) beständig als Agent*innen ausländischer Mächte dar, die China zu untergraben suchen.⁴⁰ Auf diese Weise kann der Staat oft eine breite Unterstützung für die autoritäre Herrschaft aufrechterhalten. Die aggressive Politik seitens der USA, einschließlich expliziter Appelle, die chinesische Wirtschaft zu untergraben, befeuern die große Popularität des Nationalismus innerhalb Chinas.⁴¹ Analog hierzu würde eine Haltung der Zusammenarbeit und Anerkennung seitens der USA die Macht des chinesischen Nationalismus schwächen.

Zu allerletzt würde ein progressiver Ansatz jene Ängste um das Wirtschaftswachstum innerhalb der chinesischen Regierung zerstreuen, die den autoritären Umschwung Chinas verschärfen. Zu Zeiten, in denen sich die wirtschaftliche Wachstumsrate verlangsamt, basieren die verschiedenen Vorgehensweisen der Xi-Regierung teils auf Angst vor Unruhen in der Bevölkerung, teils auf dem Wunsch, die gesamte Bevölkerung für das effektive Konkurrieren im Nullsummen-Wettbewerb des globalen Wachstums zu mobilisieren.⁴² Eine Zusammenarbeit mit China, um gemeinsam eine neue Form eines gegenseitig vorteilhaften Weltwachstums zu gestalten, würde die Grundlage für diese gewaltvollen Praktiken in Frage stellen.

Progressive Macht aufbauen

Wie können wir diese Alternative verwirklichen? Dies beginnt mit Organisation in den Gemeinden, die direkt unter dem Handelskrieg leiden und wo die Menschen das stärkste Interesse daran haben, eine Alternative zu suchen. Wie wir gesehen haben, schließt dies viele Gemeinden ein, die aufgrund ihrer Stellung im US-Wahlgefüge einen bedeutenden Einfluss auf die Präsidentschaftswahl 2020 haben werden. Progressive Mitglieder der chinesischen Diaspora in den USA spielen eine besondere Rolle bei der Vertretung der gemeinsamen Interessen von Menschen über Grenzen hinweg, sowie bei der Aufdeckung und Bekämpfung jener rassistischen Narrative, die der Rivalität zwischen den USA und China zugrunde liegen. Es bieten sich auch Möglichkeiten einer Koordinierung von Bewegungen, etwa der Friedensbewegung und der wachsenden Klimabewegung, angesichts der Schnittstellen zwischen diesen Themen und der Rivalität zwischen den USA und China.

Der hier skizzierte Ansatz beruht auf den fortschrittlichen Prinzipien der Gleichheit, der Nachhaltigkeit und des Friedens. Er vereint die Interessen der Arbeitnehmer*innen in den USA und in

40 <https://www.thenation.com/article/hkhrda-hong-kong-congress/>

41 Viele Anti-China-Hardliner in den USA weisen auf Chinas Menschenrechtsverletzungen hin, um einen verstärkten Konflikt mit China zu rechtfertigen. Sie erklären aber nie, wie eine Großmachtkonfrontation die Lage verbessern würde. Auch nehmen sie nicht wahr, dass die verstärkte US-Aggression die ideologische Unterstützung dieser Verletzungen unterfüttern könnte.

42 Zu Xinjiang: <http://chuangcn.org/journal/two/spirit-breaking/>. Zu Hong Kong: <https://madeinchinajournal.com/2019/07/15/a-global-path-through-the-hong-kong-dilemma-towards-a-new-internationalism/>. Zu Arbeitsrechtaktivist*innen und Zivilgesellschaft in Festlandchina: www.npr.org/2017/10/18/558477319/the-economic-backdrop-to-chinas-crackdown-on-civil-society

China und weist einen Weg zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Erweiterung der Chancen in beiden Ländern. Die Anerkennung wichtiger Prioritäten der chinesischen Führung – allen voran die fortbestehende wirtschaftliche Entwicklung und der Erfolg der BRI – sowie die Ablehnung des Nullsummen-Wettbewerbs haben das Potenzial, Vertrauen aufzubauen und Zugeständnisse bei schwierigen Menschenrechtsfragen zu erreichen. Er ist nicht nur eine moralische Wunschliste, sondern wirkt auf eine kohärente neue politische Ökonomie weltweit hin. Diese würde die Umstrukturierung der globalen sozialen Beziehungen bedingen, indem alle Länder in eine egalitärere und nachhaltigere Form der Entwicklung integriert werden. Dies würde die Macht von Nationalismus und Militarismus in internationalen Angelegenheiten erheblich verringern. Anhand dieses Ansatzes können wir die vor uns liegenden Herausforderungen und Chancen ergreifen – nämlich die nationalistische Rechte zu besiegen, Macht in strategisch entscheidenden Regionen um eine progressive internationalistische Agenda herum aufzubauen und den Anti-China-Nationalismus zu untergraben, der sich zu einer gefährlichen reaktionären Kraft in der US-Politik entwickelt hat. Langfristig geht es um eine progressive Umstrukturierung der Beziehungen zwischen den USA und China sowie des globalen Systems insgesamt in Gang zu setzen.